



Baden-Württemberg

Beauftragte der Landesregierung
für die Belange von Menschen mit Behinderungen



Landesverband
Baden-Württemberg e.V.

Info-Material zu Film & Gespräch: Rette sich, wer kann!? am 13. Dezember 2023, 18:30 Uhr, Delphi Arthaus-Kino, Stuttgart

Katastrophenvorsorge

Maßnahmen zur Katastrophenvorsorge sind wesentlicher Bestandteil des Krisenmanagements und damit auch Teil des Risikomanagements. Im Rahmen der Risikoanalyse des Bundes gilt es, Auswirkungen auf das „Schutzgut Mensch“ (Betroffenheit und Vulnerabilität) zu analysieren und etwaige Maßnahmen abzuleiten.

Eine zentrale Erkenntnis aus den Forschungsprojekten betrifft die zunehmende Diversität der Bevölkerung und die damit verbundenen individuellen Bedarfe an Versorgung und Betreuung vulnerabler Personengruppen. Auch die [Deutsche Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen](#) sieht die Notwendigkeit, den Schutz vulnerabler Gruppen zu verbessern und ihre Mitgestaltung im Katastrophenrisikomanagement zu unterstützen. Vulnerable Personen und Gruppen sind nicht als passive Schutzbedürftige, sondern als aktive Akteure anzusehen, die das Katastrophenrisikomanagement in allen Bereichen und auf allen Ebenen (Bund, Land, Kommune) mitgestalten können. Die Resilienzstrategie schlägt bspw. folgende Maßnahmen vor:

- Bedürfnisse und Kapazitäten sowie Hindernisse und Teilhabebeeinträchtigungen vulnerabler Gruppen in der Katastrophen- und Vulnerabilitätsforschung vermehrt betrachten,
- in der Kommunikation von Risiken, Frühwarnung und anderen Informationsangeboten verstärkt einfache Sprache, Mehrsprachigkeit und barrierefreie Kommunikationsformen einsetzen und die digitale Befähigung aller Bevölkerungsgruppen forcieren,
- vulnerable Gruppen und ihre Organisationen an der Konzeption, Beschaffung, Umsetzung und Kommunikation von Maßnahmen im Katastrophenrisikomanagement auf allen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen) als Expertinnen und Experten in eigener Sache einbeziehen und sie entsprechend fördern,

- den Selbstschutz durch Hilfe zur Selbsthilfe verbessern, d. h. die Eigenständigkeit von Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund von Geschlecht, Alter, Herkunft oder Behinderung stärken (vgl. Maßnahme 1.4.),

Häufig herrscht die Fehlannahme, dass die Versorgung von besonders vulnerablen Personengruppen in Krisen und Großschadensereignissen vollumfänglich von den Einsatzkräften des Katastrophenschutzes geleistet werden kann. Der Katastrophenschutz ist jedoch bislang nicht ausreichend auf die Versorgung dieser Personengruppen und ihre spezifischen Bedürfnisse in Krisenereignissen vorbereitet.

Gesetzliche Anforderungen müssen überprüft und ggfs. angepasst werden.

Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es keine offiziellen Daten darüber, wie und ob vulnerable Personengruppen, wie Menschen mit Behinderungen in die behördliche Katastrophenvorsorge miteingebunden werden.

Studie des internationalen Zentrums für Ethik in den Wissenschaften (IZEW)

[KIM – Bestandsaufnahme zum Katastrophenmanagement und der Inklusion von Menschen mit Behinderungen](#). Eine Fallstudie anlässlich der Hochwasser-Katastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz im Juli 2021

Die Studie wird unter der Leitung von Friedrich Gabel durchgeführt, der ebenfalls an der Diskussion teilnimmt. Sie läuft von Oktober 2023 bis Februar 2024. Ziel der Studie ist es, durch die Schaffung einer besseren Datenbasis einen Beitrag zur Umsetzung von Artikel 11 der UN-Behindertenrechtskonvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) zu leisten und Ansatzpunkte für die Weiterentwicklung von Maßnahmen zur Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen im Katastrophenmanagement zu identifizieren. Die Forschungsfrage lautet: „Inwieweit werden Menschen mit Behinderungen und ihre Unterstützungsbedarfe im Katastrophenmanagement in Deutschland aktuell mitgedacht?“

Projektbeschreibung:

Die geplante Studie, im Auftrag der Aktion Deutschland Hilft e.V., leistet einen Beitrag zur Weiterentwicklung des deutschen Katastrophenschutzes, indem sie den Stand der Umsetzung von Inklusion im Katastrophenmanagement in Deutschland (mit Fokus auf Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz) erhebt und damit einhergehend Entwicklungspotentiale und -notwendigkeiten identifiziert.

Durch die Ereignisse der vergangenen Jahre hat der Katastrophenschutz in der öffentlichen Wahrnehmung in Deutschland an Bedeutung gewonnen. Die Bewältigung dieser Ereignisse hat dabei vielfältige Entwicklungspotentiale aufgezeigt. Um diese zu adressieren, ist Wissen über den aktuellen Status quo notwendig. So etwa mit Blick auf die aktuellen Maßnahmen und Strategien zur Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen im Katastrophenmanagement in Deutschland, den Bundesländern und Kommunen. Wissen über den Status Quo fehlt hier weitestgehend. Vor dem Hintergrund einer besonderen Bedrohung von Menschen mit Behinderungen in Katastrophen ist es von zentraler Bedeutung herauszufinden, wie die Situation in Deutschland ist und wo nötig, zielführende Entwicklungspotentiale zu identifizieren. Die Erkenntnisse sollen dazu beitragen die Umsetzung von Art. 11 der UN-BRK in Deutschland weiter voranzubringen.

Zahlen und Hintergrundinformationen

Statistik

[Schwerbehinderte Menschen in Baden-Württemberg am 31. Dezember 2021](#)

- Schwerbehinderte Menschen mit gültigem Ausweis in Baden-Württemberg 2021 (31.12.2021): 957.415
- Blindheit und Sehbehinderung: 37.600
- Sprach-, oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörungen: 41.555

[Schwerbehinderte je 100 Einwohner](#)

- 2023: 957.415; 8,6 je 100 Einwohner (Bevölkerung zum 31.12.2022: 11.103.043)

Regierungsbezirk Stuttgart – 13 Stadt- und Landkreise, 4.189.150 Einwohner*innen – 323.585 schwerbehinderte Menschen; 7,7244 je 100 Einwohner*innen

Regierungsbezirk Karlsruhe – 12 Stadt- und Landkreise, 2.839.343 Einwohner*innen – 286.100 schwerbehinderte Menschen; 10,0762 je 100 Einwohner*innen

Regierungsbezirk Freiburg – 10 Stadt- und Landkreise, 2.312.038 Einwohner*innen – 199.475 schwerbehinderte Menschen; 8,6275 je 100 Einwohner*innen

Regierungsbezirk Tübingen – 9 Stadt- und Landkreise, 1.895.012 Einwohner*innen – 157.420 schwerbehinderte Menschen; 8,2703 je 100 Einwohner*innen

Zahl der Stadt- und Landkreise und der Gemeinden sowie Fläche und Bevölkerung der Regierungsbezirke Baden-Württembergs am 30. Juni 2022

Stand 31.12.2021

Stadtkreise – 175.205 schwerbehinderte Menschen; 8,3879 je 100 Einwohner*innen

Landkreise – 782.215 schwerbehinderte Menschen; 8,5513 je 100 Einwohner*innen

Ablauf der Veranstaltung am 13.12.2023, 18:30 Uhr bis ca. 20:00 Uhr

Ort:

Delphi Arthouse Kino, Tübinger Straße 6, 70178 Stuttgart

Zeitraumen:

18:30 – ca. 20:00 Uhr

Öffentliche Veranstaltung, Anmeldefrist 3. Dezember 2023. Die Veranstaltung wird zusätzlich im Livestream übertragen (<https://www.drk-lerncampus.de/rette-sich-wer-kann/>).

Ab 18:00 Uhr Empfang mit Popcorn & Getränk im Foyer

18:30 Intro – Marc Groß & Simone Fischer

18:40 Uhr: Grußwort von Herrn Minister Strobl (5-7 Minuten)

18:50 Uhr: Film „[Rette sich, wer kann](#)“ – 38:40 Min.

19:30 – ca. 19:50: Austausch und Diskussion

Moderation: Simone Fischer, Beauftragte der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen

Teilnehmende:

Thomas Strobl, Minister des Innern, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg

Katharina Brunner und Artin Madjidi, Redaktion andererseits

Raul Krauthausen, Autor und Medienmacher für Inklusion und Barrierefreiheit

Friedrich Gabel, Internationales Zentrum für Ethik in den Wissenschaften

Die Veranstaltung wird barrierefrei sein, es wird in Deutsche Gebärdensprache übersetzt und eine Schriftdolmetschung geben. Für die räumliche Barrierefreiheit ist mit Rampe/Hublift und einer barrierefreien Toilette gesorgt.

Relevante Personen/Institutionen im Feld der inklusiven Katastrophenvorsorge:

Regierungspräsidien

Landkreistag Baden-Württemberg

Städtetag Baden-Württemberg

Gemeindetag Baden-Württemberg

Akteure im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz (DRK, THW etc.)

[Mitglieder des Landes-Beirats für die Belange von Menschen mit Behinderungen](#)

Bärbel Kehl-Maurer, Vorsitzende der LAG Selbsthilfe

Kommunale Beauftragte der Stadt- und Landkreise für die Belange von Menschen mit Behinderungen

Vorstand der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege

- DRK Landesverband Baden-Württemberg e.V.: Marc Groß
- Diakonischen Werk Baden e.V.: Beatrix Vogt-Wuchter
- Arbeiterwohlfahrt Württemberg e.V.: Dr. Marco Lang
- Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V.: Dr. John Litau

Hintergrundinfos zum Film von andererseits:

Die 5 großen Probleme in einfacher Sprache erklärt:

„*andererseits* hat einen neuen Film gemacht.

Er heißt „Rette sich, wer kann“.

Es geht um den Schutz für Menschen mit Behinderungen, wenn Katastrophen passieren.

Im Film sprechen wir mit vielen Menschen.

In diesem Text fassen wir die wichtigsten Infos in einfacher Sprache zusammen:

Am 14. Juli 2021 überschwemmte eine starke Flut das Ahrtal in Deutschland.

Hier kannst Du ein paar Infos zur Flut lesen:

- In der Flut sind 134 Menschen gestorben.
- 40.000 Menschen sind von der Flut betroffen.
- Bis heute bauen Menschen ihre Häuser und Wohnungen noch auf. Viele haben noch immer kein Geld vom Staat dafür bekommen.

- In der Stadt Sinzig im Ahrtal sind in einem Wohnheim für Menschen mit Behinderungen 12 Bewohner*innen im Erdgeschoss ertrunken.

In der Recherche haben wir einige Probleme im Katastrophenschutz für Menschen mit Behinderungen entdeckt. Dafür haben wir mit vielen verschiedenen Menschen gesprochen.

Zum Beispiel mit Betroffenen oder ihren Familien gesprochen und mit Expert*innen, also Menschen, die sich mit Katastrophen-Schutz und der Klimakrise auskennen.

Hier zählen wir die fünf großen Probleme auf, die wir in unserer Recherche gefunden haben.

1. Problem: Es gab zu wenig Personal um Menschen mit Behinderungen zu schützen

In Wohnheimen sind oft wenige Betreuer*innen für viele Bewohner*innen da.

Das war auch in der Ahrtal-Flut ein Problem.

Im Lebenshilfe-Haus aus dem Film war immer nur ein*e Mitarbeiter*in in der Nacht da. Auch während der Flut.

Die Bewohner*innen wohnten aufgeteilt in zwei Häusern. So eine Flut ist eine extreme und gefährliche Situation.

Der eine Betreuer in der Nacht konnte es alleine nicht schaffen, alle rechtzeitig zu retten.

Erst nach der Flut haben die Behörden zugestimmt, dass es in der Nacht eine zweite Person braucht, damit es wirklich sicher ist.

2. Problem: Es gab und gibt zu wenig Pläne, wie man Menschen mit Behinderungen vor Katastrophen schützen kann

Die Lebenshilfe ist ein Verein, der in Österreich und Deutschland Wohnheime und Werkstätten für Menschen mit Behinderungen betreibt.

Auch das Wohnheim, wo die 12 Menschen in der Flut gestorben sind.

Katastrophen wie diese werden immer häufiger passieren. Das liegt am menschengemachten Klimawandel.

Dennoch hat der Lebenshilfe-Verein für ganz Deutschland keinen genauen Plan, wie sie damit umgehen wollen. Auch nach dem Tod von 12 Bewohner*innen haben sie nicht grundsätzlich etwas geändert.

3. Problem: Die Politik denkt Menschen mit Behinderungen zu wenig mit

Menschen vor Katastrophen zu schützen, ist Aufgabe der Politik. In Deutschland und Österreich müssen sich viele verschiedene Behörden darum kümmern.

Aber die denken in ihren Maßnahmen oft nicht genug an Menschen mit Behinderungen. Man denkt, dass alle das Gleiche brauchen in einer Katastrophe.

Aber das stimmt nicht. Unterschiedliche Menschen brauchen unterschiedlichen Schutz.

Trotzdem hat die Politik auch nach der Flut kaum etwas geändert.

4. Problem: Menschen mit Behinderungen leben oft am Rand der Gesellschaft in Wohnheimen.

Katastrophenschutz und Gesellschaft hängen zusammen.

Heime und Werkstätten sind mitverantwortlich dafür, dass Menschen mit Behinderungen getrennt leben von Menschen ohne Behinderungen.

Viele Menschen mit Behinderungen kritisieren das schon lange, denn Menschen mit Behinderungen können weniger gut teilhaben, mitreden und mitentscheiden.

Heime verhindern oft echte Inklusion. Das sagt uns die Anwältin für die Gleichbehandlung von Menschen mit Behinderungen, Christine Steger.

5. Problem: Manche Menschen versuchen es besser zu machen. Aber sie brauchen Gesetze von der Politik, die sie dabei unterstützen

Wir haben nach Beispielen gesucht, wo Menschen mit Behinderungen besser vor Katastrophen wie einem Hochwasser geschützt werden.

Aber wir haben nur einzelne Personen oder Einrichtungen gefunden.

Auf Dauer ist das nicht der richtige Weg, wie alle Menschen mit Behinderungen in Katastrophen gut geschützt sind.

Wirklich ändern kann das nur die Politik.

Vor allem die Landes- und Bundesregierungen.

Denn die machen Gesetze und entscheiden über Geld.“